

04. Februar 2007

FDP erwägt Verfassungsklage gegen Reform

Die am Freitag beschlossene Gesundheitsreform wird möglicherweise mit Verfassungsklagen torpediert. FDP-Chef Guido Westerwelle sagte dem "Münchener Merkur", die Arbeit der Abgeordneten im Bundestag sei durch mehr als 80 kurzfristig eingereichte Änderungsanträge behindert worden. Vielen sei keine Zeit mehr für eine umfassende Prüfung geblieben, sagte Westerwelle. "Das Gesetzgebungsverfahren wurde ganz eindeutig behindert. Deshalb behalten wir uns eine Klage beim Bundesverfassungsgericht vor". Bei der Abstimmung im Bundestag hatten 207 Abgeordnete gegen die Gesundheitsreform gestimmt, darunter 43 aus der Koalition.

PKV-Verband: Versicherte werden klagen

Der stellvertretende FDP-Landeschef von Schleswig-Holstein, Heiner Garg, forderte seine Bundestagsfraktion auf, gemeinsam mit den Gegnern der Reform eine Verfassungsklage auf den Weg zu bringen. Garg sagte der Chemnitzer "Freien Presse", mit den 207 Nein-Stimmen sei das nötige Quorum dafür erreicht. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sagte "Spiegel Online", die vorgeschriebenen Fristen seien zwar ausgereizt worden. Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verfahrens habe man ihm bisher jedoch nicht vorgetragen. Neben der FDP kündigten am Wochenende auch die Privaten Krankenversicherer an, einen Gang nach Karlsruhe zu prüfen. Der Direktor des Verbandes der privaten Krankenversicherungen (PKV), Volker Leienbach, sagte dem Magazin "Focus", er gehe davon aus, "dass unsere Mitgliedsunternehmen und ihre Versicherten nach eingehender Prüfung eine Reihe von Verfassungsklagen einreichen müssen".

Mehr Wahltarife für Gesetzlich Versicherte

Die Gesetzlichen Kassen nahmen unterdessen die Möglichkeiten der Reform an und reagierten mit dem Angebot von Wahltarifen mit Selbstbehalt oder anderen Eigenbeteiligungen. Die DAK kündigte laut "Focus" zehn neue Individualtarife an. Neun zusätzliche Tarife bereitet auch die Techniker Krankenkasse (TK) vor. Der Sprecher der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH), Volker Bahr, stellte ein Angebot in Aussicht, mit dem Versicherte ihren Beitragssatz auf angeblich annähernd zwölf Prozent drücken können.

Der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Hans Jürgen Ahrens, versprach "spürbare" Beitragsentlastungen durch Wahltarife, um das Abwandern von Versicherten zu verhindern. Dafür seien 0,5 Prozentpunkte eine Zielgröße. Eine Sprecherin der Barmer sagte, ihre Kasse werde zum 1. April mit "allen möglichen Wahltarifen an den Start gehen, die das Gesetz bietet".

Sorge um höhere Beiträge

Experten warnten unterdessen erneut vor Beitragssteigerungen. Der Gesundheitsökonom Eckart Fiedler von der Uni Köln sagte der "Bild am Sonntag", ernsthafte Einspareffekte werde die Reform nicht haben. In den Folgejahren werde sich der Beitragssatz deshalb erhöhen. Der FDP-Abgeordnete Daniel Bahr warnte vor einem Anstieg auf bis zu 16 Prozent in 2009. Der Sprecher von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, Klaus Vater, erklärte hingegen: "Es gibt keinen Grund zu Mutmaßungen über weiter steigende Beitragssätze. Windige Hinweise auf 15,5 oder 16 Prozent nach 2007 sind reine Angstmacherei." (AP)

N24.de

© 2006 SevenOne Intermedia GmbH. Alle Rechte vorbehalten.